

23.03.2017 – PM 23/2017

Faire Arbeit

IG BAU: Minijobs dürfen nicht zur Falle werden

Frankfurt am Main - Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) fordert Minijobs in die sozialen Sicherungssysteme einzubeziehen. Jede geleistete Arbeitsstunde muss sozialversicherungspflichtig sein.

Anlässlich der heute (für die Red.: 23. März 2017) vom NRW-Arbeitsministerium vorgestellten Minijob-Studie sagte IG BAU-Bundesvorstandsmitglied Ulrike Laux: „Das Experiment einen ganzen Arbeitsbereich aus der sozialen Sicherung auszuklammern, ist gescheitert. Mit Einführung des gesetzlichen Mindestlohns ist zwar die Bezahlung etwas besser geworden. Doch besteht weiterhin enormer Wildwuchs und es gibt gravierende Nachteile für Minijobberinnen und Minijobber. Die Politik muss hier gegensteuern und die Rahmenbedingungen so ändern, dass auch Beschäftigte mit Minijob ab der ersten Arbeitsstunde vernünftig sozial abgesichert werden.“

Minijobber sind nicht automatisch krankenversichert und erwerben keine Ansprüche aus der Arbeitslosenversicherung. Oftmals wird auf die gesetzliche Rentenversicherung verzichtet. Ein Grund dafür sind die in der Regel sehr niedrigen Stundenlöhne. Beschäftigte brauchen ihren Verdienst vollständig, um über die Runden zu kommen.

Laux sagte weiter: „Es ist offensichtlich, dass sich das Versprechen auf eine unkomplizierte Berufsrückkehr oder einen Einstieg in sozialversicherte Arbeit über Minijobs nicht bewahrheitet hat. Im Gegenteil: Minijobs werden zur Falle. Überproportional davon betroffen sind Frauen, die rund zwei Drittel der Minijobbenden stellen. Sie arbeiten häufig weit unter ihrer Qualifizierung und werden nicht selten wie Arbeitnehmerinnen zweiter Klasse behandelt. Statt vom Arbeitgeber gefördert und weiterqualifiziert zu werden, gelten sie als austauschbar. Ihre beruflichen Kenntnisse bleiben deshalb nicht auf

dem aktuellen Stand. Ihnen droht Dequalifizierung, was wiederum ihre Chancen auf dem regulären Arbeitsmarkt verschlechtert.“

Nach der Studie hat fast jede vierte Frau und sogar annähernd die Hälfte der Männer einen Minijob im Nebenerwerb. „Niemand darf zu einem Zweitjob gezwungen sein, weil das Einkommen nicht für ein gutes Leben reicht“, sagte Laux. „Wir wollen deshalb gute Tarifverträge für alle Beschäftigten, die ihnen faire Löhne und eine vernünftige Absicherung im Berufsleben wie später in der Rente garantieren.“

(2276 Zeichen)